

Evangelische Verantwortung



Katholisch und evangelisch in der Union

Henning Aretz *Seite 3*

Darf die CDU konservativ sein?

Christof Warnke *Seite 6*

Die AfD schadet Deutschland

Burkard Dregger MdB *Seite 10*

- 8 *Zehn Thesen zum „C“ in der Union*
- 13 *Der EAK trauert um Peter Hintze*
- 14 *Aus unserer Arbeit*

Jetzt exklusiv
Tickets für das
Luther-Oratorium
des EAK sichern
(S. 11 f.)

Liebe Leserin, lieber Leser,



Es ist der Verlust der Mitte, der uns jetzt alle alarmieren muss. Der aktuelle Blick in Richtung USA und Großbritannien sollte uns eine dringliche Warnung sein.

in den Vereinigten Staaten zu überwinden. Dieses Wahlergebnis wirft aber auch für uns die entscheidende Frage auf, wie sich das **transatlantische Verhältnis** und das **westliche Bündnis** in Zeiten wachsender weltweiter Konflikte entwickeln werden. Das ist für uns von allergrößter Bedeutung. Die **Europäische Union** muss sich wieder auf die wichtigen und zentralen Themen konzentrieren und zu einer gemeinsamen Sprache sowie Geschlossenheit zurückfinden.

All diese Herausforderungen gilt es politisch mit Maß, Mitte und Verantwortungsbewusstsein anzugehen. Und das wird nicht einfach von heute auf morgen gehen. Ein klarer Kurs, ein langer Atem und vor allem ein verlässlicher Kompass sind dafür von Nöten. Deshalb ist es eine gute Nachricht, dass **Bundeskanzlerin Dr. Angela Merkel** auf der Sitzung des Bundesvorstandes am 20. November ihre Bereitschaft erklärt hat, erneut als Vorsitzende der CDU Deutschlands und als Bundeskanzlerin zu kandidieren. Gerade angesichts der positiven Wirtschafts- und Arbeitsmarktbedingungen in den vergangenen Jahren, die ohne die Union und durch mögliche Linksbündnisse in Deutschland wieder massiv gefährdet würden, und auch angesichts der insgesamt unsicheren Entwicklungen in der Welt freue ich mich über dieses wichtige und gute Signal.

Das **Erstarken von Extremismus** gefährdet auf Dauer den Zusammenhalt, die Solidarität und den Frieden in Europa und in unserem Land. Es ist der **Verlust der Mitte**, der uns jetzt alle alarmieren muss. Der aktuelle Blick in Richtung **USA und Großbritannien** sollte uns also eine dringliche Warnung sein: Wir brauchen in diesen schwierigen Zeiten eine ausgewogene

Wir leben in schwierigen und unübersichtlichen Zeiten. So stehen wir nun auch zusätzlich unter dem einigermaßen verstörenden Eindruck der zurückliegenden **Präsidentenwahlen in den USA**. Man muss hier – auch vor dem Hintergrund wachsender populistischer Kräfte und polarisierender Strömungen in Deutschland und Europa – sehr klar sagen: Das war ein **schmutziger Wahlkampf**, der abstoßend war. Rassismus, Sexismus und Ausgrenzung dürfen in der Politik keinen Raum bekommen. Der Populist **Donald Trump** ist zum **45. Präsidenten der USA** gewählt worden. Es wird jetzt eine wichtige Aufgabe sein, die herbeigeführte Polarisierung und tiefe Spaltung

politische Mitte. Und die Union ist und bleibt die Partei der bürgerlichen Mitte.

Gemeinsam freuen wir uns auf das kommende Jahr des großen **Reformationsjubiläums**. Das 500-jährige **Reformationsgedenken** bietet die große und einmalige Chance, weite Teile der deutschen Gesellschaft und Öffentlichkeit wieder neu mit den zentralen Glaubensinhalten der christlichen Hoffnungsbotschaft vertraut zu machen. Die grundstürzende **reformatorische Erkenntnis und Wiederentdeckung Martin Luthers** von dem **Geschenk der freien und befreienden Gnade Gottes** ist dabei die bleibende Grundlage und der Dreh- und Angelpunkt, um auch Menschen in unserer Zeit für das rettende Evangelium zu interessieren.

Der **Evangelische Arbeitskreis** der CDU/CSU (EAK) wird sich aus Anlass des großen **Reformationsjubiläums 2017** wieder in vielfältigster Form im kommenden Gedenkjahr thematisch einbringen. Bereits jetzt verweise ich darum auf die **51. EAK-Bundestagung** (mit Neuwahlen des Bundesvorstandes) und den großen **EAK-Kirchentagsempfang** unter dem Motto „**500 Jahre Reformation – Perspektiven für die Gegenwart und Zukunft**“, die gemeinsam am **Mittwoch, dem 24. Mai 2017**, in Berlin stattfinden werden. Ich freue mich sehr, dass der ehemalige EKD-Ratsvorsitzende, **Altbischof Dr. Wolfgang Huber**, und **Bundeskanzlerin Dr. Angela Merkel** bereits ihr Kommen zugesagt haben.

Neben den vielen, dezidiert politischen Projekten, ist auch noch etwas ganz Besonderes und geradezu Einzigartiges geplant: Der EAK wird am **Mittwoch, dem 28. Juni 2017**, in der **Berliner Philharmonie** ein großes Luther-Oratorium mit dem Titel „**Wir sind Bettler**“ uraufführen lassen. Näheres dazu erfahren Sie auf S. 11 f. dieser Ausgabe.

Bitte unterstützen Sie den EAK bei diesen großen Projekten zum Reformationsjubiläum im kommenden Jahr durch eine großzügige Spende (s. S. 16) und/oder durch den Kauf von Konzertkarten für das exklusive Luther-Oratorium.

Ich wünsche Ihnen und Ihren Familien von ganzem Herzen einen besinnlichen Jahresausklang und vor allem ein frohes und gesegnetes Weihnachtsfest!

Alles Gute und Gottes Segen!
Ihr

Thomas Rachel MdB

Bundesvorsitzender des Evangelischen Arbeitskreises der CDU/CSU



Katholisch und evangelisch in der Union – *Was trennt, was verbindet?*

| Henning Aretz

Mit diesem Beitrag ist keine konfessionelle Betrachtung im engeren Sinne beabsichtigt, schon gar keine Abgrenzung. Der Evangelische Arbeitskreis der CDU/CSU (EAK) arbeitet nicht in konfessionalistischem, sondern in ökumenischem Geist versöhnter Verschiedenheit. Wenn sich dazu ein evangelischer Laie äußert, von Beruf Jurist und nur ehrenamtlich in der Kirche unterwegs, als Presbyter und Kreissynodaler, als Rechtsritter und Flüchtlingsbeauftragter der Rheinischen Genossenschaft des Johanniterordens, dann nimmt der Leser in Kauf, keine theologischen Aussagen zur Kenntnis zu nehmen, sondern laienhafte Eindrücke aus allerdings langer und interessierter Beobachtung.

Bevor wir inhaltlich werden, aktuelle Zahlen: Von den Anfang dieses Jahres 442.000 Mitgliedern der CDU Deutschlands sind 48,1 % katholisch, 30,4 % evangelisch, 0,15 % muslimisch, 0,8 % anderen Bekenntnisses, 2,7 % ohne Bekenntnis und ohne Angaben 17,8 %.

Ich teile meine Bemerkungen ein in die Abschnitte Ausgangspunkt, Trennendes und Verbindendes.

I. Ausgangspunkt

Ausgangspunkt ist die Frage nicht nur nach dem C, sondern auch zugleich nach dem U. Denn das C ist die eigentliche Klammer und Grundlage des U! Wer weiß heute noch, wofür das U ursprünglich stand? Ich bin fast geneigt, das verbreitete Unwissen in diesem Fall für eine

Errungenschaft zu halten. Die Christlich-Demokratische Union ist nach den äußeren und inneren Verwüstungen des Zweiten Weltkriegs und der nationalsozialistischen Gewaltherrschaft als Union von Katholiken und Protestanten gegründet worden. Gerne greife ich die Bemerkung Angela Merkels gegenüber Papst Benedikt XVI. auf, wie der Bezirksvorsitzende Prof. Dr. Jürgen Plöhn sie zitiert hat: Die Union sei bis heute „die erfolgreichste ökumenische Initiative in Deutschland.“

Wir machen uns heute keine Vorstellung mehr davon, wie groß die konfessionelle Trennung vor siebzig Jahren noch war. Eine, wie sie damals genannt wurde, Mischehe konnte nicht kirchlich getraut werden. Die Verhältnisse und mit ihnen die Worte haben sich mit den Jahrzehnten

gewandelt. Aus der Mischehe wurde die konfessionsverschiedene, dann die konfessionsverbindende, schließlich die konfessionsbereichernde Ehe. Ökumenische kirchliche Trauungen sind heute gar nichts Besonderes mehr. Ich bin stolzer Schwiegervater eines katholischen Schwiegersohns, und selbst der Scherz eines Freundes: „Glaub mir, Henning, katholische Enkelkinder sind besser als gar keine!“ wirkt heute schon wieder irgendwie veraltet.

Zur Veranschaulichung der konfessionellen Gegensätze früher wird gern auf die großen Streitigkeiten über die Konfessionsschulen Ende der sechziger Jahre verwiesen. Etwas anderes finde ich noch anschaulicher.

Ende 1949 gab der Hessen-Nassauische Kirchenpräsident Martin Niemöller ein Interview. Er hatte 1933 mit anderen Mitstreitern, darunter Dietrich Bonhoeffer, im Widerspruch gegen den sog. Arierparagraphen der Nazis den Pfarrernotbund gegründet, aus dem sich die Bekennende Kirche entwickeln sollte, und Niemöller genießt heute zu Recht weit über die Welt der Kirche hinaus hohes Ansehen. 1949, kurz nach der ersten freien Wahl des Deutschen Bundestages, sagte Niemöller folgendes: Die Bundesrepublik sei „von Rom gezeugt und von Washington geboren“. Deutschland habe seine Stellung als starke protestantische Macht auf dem europäischen Kontinent verloren, und der Bund sei heute ein katholischer Staat.

Können wir uns jetzt einen Augenblick in die Lage evangelischer Christen versetzen, die sich in den Unionsparteien zusammen mit katholischen Christen für den Aufbau eines neuen Gemeinwesens einsetzen? Damals war das noch ein ungemein konfliktreiches Thema. Trennendes wurde betont, nicht Gemeinsames. Und es ist insbesondere auch das historische Verdienst der Protestanten beim EAK seit Hermann Ehlers, dass dieses interkonfessionelle, politische Unionsbündnis bis heute Erfolg gehabt hat.

II. Trennendes

Bitte erlauben Sie mir den Versuch, aus meiner Laiensicht mit einfachen, vielleicht zu einfachen Worten zu sagen, was dem Christen an der Basis als Hauptunterschiede zwischen katholisch und evangelisch erscheint.

Theologisch sind und bleiben gewiss die großen und bis heute spürbaren Unterschiede zwischen den Konfessionen in den grundlegenden Bereichen vor allem der Lehre von Sünde, Gnade und Buße, die ja ursprünglich auch zur Kirchenspaltung geführt haben, aber auch

in der Anthropologie und im Kirchen- und Amtsverständnis.

Liturgisch ist der in der Praxis schwer überbrückbare Hauptunterschied zwischen katholisch und evangelisch wohl das unterschiedliche Verständnis von Eucharistie bzw. Abendmahl und kirchlichem Amt. Wir wissen ja, dass diese Frage auch schon früh zu schwerwiegenden Trennungen zwischen verschiedenen Reformatoren geführt hat.

Noch prägnanter und präsenter in unserem Bewusstsein sind sicher die Unterschiede in der innerkirchlichen Organisation. Aus der Stellung des Papstes als Stellvertreter Christi folgt, dass die Willensbildung in der katholischen Kirche strikt hierarchisch von oben nach unten gedacht wird, in den Kategorien von Nachfolge und Gehorsam. Davon ist die presbyterial-synodale Struktur der Evangelischen Kirche im Rheinland absichtlich weit entfernt. Mit etwas Phantasie kann man sich ein Presbyterium wie einen Stadtbezirksvorstand vorstellen, eine Kreissynode wie einen Kreisparteitag, und die Landessynode ähnelt schon etwas dem Landtag.

Vielleicht die bekanntesten und auffälligsten Unterschiede zwischen den Konfessionen sind aber das Eheverbot für den katholischen Priester und der Ausschluss von Frauen für die Priesterweihe – auch dies im erweiterten Sinne innerkirchliche Organisationsvorschriften. Das Eheverbot wurde im Übrigen ursprünglich begründet mit dem Ziel der Vermeidung von Erbstreitigkeiten zwischen Familie und Amtsnachfolger.

Sicher lückenhaft sind damit einige prägende Unterschiede zwischen den Konfessionen benannt. Was davon ist von Bedeutung für die Mitwirkung von Christen in der Union?

Zu leicht soll man sich die Antwort: „Nichts!“ nicht machen. Denn mit einer Vermischung oder Relativierung der theologischen Unterschiede wäre niemandem gedient – weder im interkonfessionellen noch im interreligiösen Dialog. Schon Hermann Ehlers betonte deshalb stets: „Evangelisch-katholische Zusammenarbeit im politischen Raum ist ein föderalistischer Auftrag und keine Integration. Jede Seite muss sich über

das Eigenleben der anderen Konfession klar sein (...). Die politische Zusammenarbeit will die Konfessionen nicht überwinden, sie will sie in ihrem Glauben und Leben nicht verändern. Sie hat aber nur dann eine Chance, segensreich zu sein,

wenn sie beiden Seiten den gegenseitigen Respekt vor der Wahrheit, die jede Seite aus ihrem Verständnis des Wortes Gottes zu verkündigen sich gerufen sieht, aufnötigt und wenn dieser Respekt in der Liebe, die Christen einander schulden, sichtbar wird.“

Der Grund, warum es allerdings schwer wird, im politischen Alltag diese selbstverständlich vorhandenen und wirkmächtigen Unterschiede auszumachen, liegt in einem anderen Punkt: Im politischen Bereich geht es vor allem um Fragen der Ethik und weniger der Dogmatik.

Insofern wird es tatsächlich schwer sein, Auswirkungen der Rechtfertigungslehre oder des unterschiedlichen Verständnisses von Eucharistie und Abendmahl auf die Mitwirkung in einer politischen Partei dingfest zu machen. Und auch die in weiten Teilen durchaus undemokratische, sondern eben von unserem göttlichen Herrn abgeleitete Willensbildung in der katholischen Kirche wird kein katholisches CDU-Mitglied davon abhalten, seine Mitwirkungs- und Wahlrechte als Bürger und Parteimitglied weniger zu schätzen, für richtig und geboten zu halten, einzufordern und wahrzunehmen als jedes andere Mitglied auch.

Allenfalls beim Frauenbild – progressiv formuliert: bei der Überwindung der Benachteiligung von Frauen – kann man sagen, dass der Protestant es von seinen kirchlichen Erfahrungen her leichter hat, Gleichberechtigung zu denken und zu erleben, als der Katholik, der an einer bestimmten und bedeutenden Stelle seines geistlichen Lebens nur Männer sieht.

Die genannten prägenden Unterschiede zwischen den Konfessionen haben für die politische Sphäre, für die res publica, keine durchschlagende Bedeutung, weil man gerade in der Union seit 1945 davon überzeugt war und immer weiter gelernt hat, den Fokus eben auf die gemeinsame politische und ethische Verantwortung zu legen.

Auch hier gibt es natürlich markante, zahlreiche Unterschiede, etwa zwischen katholischer Soziallehre und evangelischer Sozialethik, etwa bei den Themen der Sexualethik oder bei der klassischen

Die genannten prägenden Unterschiede zwischen den Konfessionen haben für die politische Sphäre, für die res publica, keine durchschlagende Bedeutung.

Frage des Naturrechtes, aber diese spielen in einer zunehmend säkularisierten und sich von ihren christlichen Wurzeln immer weiter entfernenden

den Gesellschaft selbstverständlich eine geringere Rolle als noch vor 70 Jahren. Hinzu kommt, ich erinnere an dieser Stelle nur an die „Gemeinsame Erklärung zur Rechtfertigungslehre“ von 1999, dass das katholisch-protestantische Gespräch der

letzten Jahrzehnte enorme Fortschritte gemacht hat und das Paradigma eines „differenzierten Konsenses“ in vielen Fragen maßgeblich geworden ist.

III. Verbindendes

Wir beobachten deshalb heutzutage aus gutem Grund immer wieder: Die beiden großen Volkskirchen äußern sich – trotz bleibender theologisch-dogmatischer Unterschiede – zunehmend gemeinsam zu den aktuellen Fragen über „Gott und die Welt“, mit großer Sorgfalt, erarbeitet von kundigen Kommissionen – und das ist auch gut so!

In der „Ökumenischen Dogmatik“ von Wolfgang Beinert und Ulrich Kühn heißt es darum z.B. treffend in Bezug auf die noch im 16. Jahrhundert kirchentrennende Rechtfertigungslehre: „Nun ist freilich gerade die Lehre von der Rechtfertigung ein Bereich, der für gegenwärtiges Glaubensbewusstsein teilweise schwer zugänglich ist. Speziell auch die Kontroverse des 16. Jahrhunderts ist heute nur mühsam als elementares Glaubensanliegen zu vermitteln. (...) Jene Gewissensqualen, die Luther auf den Weg der Reformation gebracht haben, waren im neutestamentlichen Zeugnis und in der Theologie der Alten Kirche noch nicht im Blick. Und gegenwärtigem Glaubensbewusstsein sind sie ebenfalls weithin fremd. Viel stärker im Mittelpunkt des religiösen Interesses steht die sich von der Wirklichkeit des Heiligen Geistes und der Vergebung der Sünden her ergebende spezifisch christliche ethische Orientierung (Versöhnung, Liebe, zwischenmenschliche Gerechtigkeit), und dies inmitten des weitgehenden Wertverlustes im Bewusstsein der Gegenwart.“ (S.367f.)

Das Gemeinsame Wort des Rates der EKD und der Deutschen Bischofskonferenz zur wirtschaftlichen und sozialen Lage in Deutschland 1997 „Für eine Zukunft in Solidarität und Gerechtigkeit“ wurde noch auch dafür gefeiert, dass es ein Gemeinsames Wort beider Kirchen war, entstanden in einem mehr als zweijährigen Konsultationsprozess. Zyniker wandten ein, die Kirchen hätten erkannt, dass ihr politischer Einfluss mit ihrer Mitgliederzahl zurückgehe und sie sich schon zusammensetzen müssten, um noch gehört zu werden.

Vor allem aber wurde klar, dass es nicht eine spezifisch katholische oder eine andere spezifisch evangelische Antwort auf die sozialpolitischen Herausforderungen der Zeit gab. Diese Herausforderungen wurden im Übrigen geprägt durch die Arbeitslosigkeit, die damals ihren höchsten Stand seit dem Zweiten Weltkrieg erreicht hatte. Nach zehn Jahren sinkender Arbeitslosigkeit kann man sich heute schwer vorstellen, für wie grundsätzlich

unlösbar viele dieses Problem damals gehalten haben.

Ein ähnlicher Prozess ist unter dem Namen Ökumenische Sozialinitiative bekanntlich gerade im Gang. Angestoßen wurde die „Initiative des Rates der EKD und der Deutschen Bischofskonferenz für eine erneuerte Wirtschafts- und Sozialordnung“ mit einem Impulstext „Gemeinsame Verantwortung für eine gerechte Gesellschaft“. Im vergangenen Herbst, am 2. Oktober 2015, haben Ratspräsident Heinrich Bedford-Strohm und Kardinal Reinhard Marx als Vorsitzender der Deutschen Bischofskonferenz den Fortgang der Initiative unter Berücksichtigung der aktuellen Flüchtlingsentwicklung und der sog. Umweltenzyklika *Laudato Si* von Papst Franziskus in einer Gemeinsamen Feststellung beschrieben.

Heute ist es ökumenische Selbstverständlichkeit geworden, dass die beiden großen Kirchen gemeinsam Stellung nehmen, und nicht nur zu sozialpolitischen Themen. Eindrucksvoll war die ökumenische Gemeinsamkeit im vergangenen Jahr, als der Deutsche Bundestag unter Aufhebung des sog. Fraktionszwangs im November das Sterbehilfegesetz beschloss, genauer das „Gesetz zur Strafbarkeit der geschäftsmäßigen Förderung der Selbsttötung“.

Die Befürworter von vier verschiedenen Gesetzentwürfen und des zusätzlichen Antrags, kein Gesetz zu beschließen, verteilten sich wie gesagt über alle Fraktionen. Aber am Ende wurde gleich im ersten Wahlgang derjenige Gesetzentwurf beschlossen, für den die beiden großen Kirchen gemeinsam intensiv geworben hatten.

Und nun füge ich als Christdemokrat gern hinzu: Dieser Gesetzentwurf hat 80 % Zustimmung aus der CDU/CSU-Fraktion bekommen, 40 % Zustimmung aus der SPD-Fraktion und 20 % Zustimmung aus der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen. Anerkennend, aber fast noch untertreibend hat die Präses der EKD-Synode, Irmgard Schwaetzer, die frühere FDP-Staatsministerin im Auswärtigen Amt, wenige Tage später auf der EKD-Synode in Bremen gesagt, dass an der Beschlussfassung also die CDU/CSU „maßgeblich beteiligt“ war.

Wirtschaft, Soziales, Umwelt, Sterbehilfe – auch andere kirchennahe Politik-Themen können wir nennen, in denen katholisch und evangelisch nicht voneinander getrennt marschieren: Religionsunterricht, Sonntagsschutz, Staatsleistungen an die Kirchen, Kirchensteuer.

Bei einem anderen Thema gibt es Unterschiede: Sexualmoral, Familienplanung, Lebensschutz und Abtreibung. Zum letzten Punkt sind den deutschen Bischöfen vielleicht eher durch Vorgaben aus Rom als aus eigener Überzeugung manche Handlungsmöglichkeiten genom-

men, was Beratung und Mitwirkung bei staatlich gesetzten Verfahren angeht. Zur Segnung und Trauung gleichgeschlechtlicher Lebensgemeinschaften ist die Haltung in den verschiedenen Landes-

kirchen der EKD nicht gleichförmig, insgesamt aber sicher einladender für diese Lebensformen als in der römisch-katholischen Kirche. Valide Argumente für die aus rein deutscher Sicht zurückhaltendere Wandlung der katholischen Kirche sind ihre Stellung als Weltkirche und ihr Blick auf andere christliche Kirchen in der Welt, deren Frauenbild und deren Einstellung zu gleichgeschlechtlicher Liebe durchaus noch weiter von den in der EKD anzutreffenden Auffassungen entfernt sind. Ökumenisch im Sinne von weltumspannend kann dann bisweilen geradezu einen Gegensatz bilden zu ökumenisch im Sinne von katholisch-evangelischer Gemeinsamkeit.

Es ist mir aber nicht bekannt, dass diese unterschiedlichen Nuancen in den letzten Jahrzehnten innerhalb der CDU zu völlig unterschiedlichen Positionierungen mit konfessioneller Begründung geführt hätten. Vielleicht noch stärker als früher verbindet Katholiken und Protestanten in der CDU aber das gemeinsame Bekenntnis zu christlichen Werten, zum christlichen Menschenbild, zu einem christlich geprägten Verständnis der Gesellschaft und der Politik. Es wird immer wieder Menschen zu einem Einsatz für das Gemeinwesen antreiben, nicht nur in der CDU, aber offenbar hier beständig stark. Das zeigt, wie erfolgreich die Union ihren Gründungsauftrag der gemeinsamen Orientierung am C bis heute verwirklicht hat.

Auch die Aufgabe des EAK, Brücken zu bauen zwischen Kirche und Politik, ist übrigens vor diesem Hintergrund, auch wegen einer wohlthuenden Versachlichung des Diskussionsklimas innerhalb der Evangelischen Kirche, in den letzten Jahren einfacher geworden. Also: Lasst uns das Feld weiter beackern!



Henning Aretz

ist Landesvorsitzender des Evangelischen Arbeitskreises der CDU Nordrhein-Westfalen und Mitglied des EAK-Bundesvorstandes.

Darf die CDU konservativ sein?

| Christof Warnke

Es wird neuerdings von verschiedener Seite gefordert, die CDU solle wieder „konservativer“ werden. Die Erwartung ist, dass damit der AfD der Wind aus den Segeln genommen werde. Was heißt aber „konservativ“? Es heißt jedenfalls nicht: rückwärtsgewandt, reaktionär. Ministerpräsident Volker Bouffier und stellvertretender CDU-Vorsitzender hat auf dem Parteitag der hessischen CDU am 18. Juni 2016 erklärt: Wir sind eine konservative Partei, weil wir uns zu unseren Wurzeln und Traditionen bekennen.“ In diesem Sinne ist auch DIE LINKE eine konservative Partei und sind es auch die anderen Parteien. Mir reicht Bouffiers Definition nicht. Es ist vielmehr grundsätzlich zu fragen: Ist die CDU eine konservative Partei?

Immer wieder wird in der Diskussion Franz Joseph Strauß zitiert, dass es rechts von CDU und CSU in Deutschland nichts geben dürfe. Aber was heißt „rechts“, wenn „rechts“ nach rechts ohne Grenze ist? Die CDU kann im Verhältnis zu „rechts“ nur links davon stehen. Das ist die Mitte. Und abgesehen davon, bedeutet „rechts“ nicht von vornherein auch konservativ. Manchmal heißt „rechts“: revolutionär, reaktionär, antidemokratisch, nationalistisch, rassistisch. All das ist die CDU nie gewesen, ist sie jetzt nicht und wird sie hoffentlich nie sein. Entsprechendes gilt für „links“. Auch „links“ ist nach links ohne Grenze. Die CDU kann im Verhältnis zu „links“ nur rechts davon stehen. Das ist die Mitte. Im Übrigen sehen sich Linke oft als aufgeklärt und fortschrittlich. Sie können aber auch genau das Gegenteil sein: unkritisch und reaktionär – stalinistisch z. B. oder maoistisch, dogmatisch.

Ist die CDU eine konservative Partei? Nein, ist sie nicht. In ihrem Namen fehlt das „K“. Nicht umsonst trägt die CDU seit ihrer Gründung bis heute ihren Namen unverändert. Sie hat ihre Buchstaben nicht ausgetauscht – weder das „C“ gegen ein „K“ für konservativ noch das „D“ gegen ein „L“ für liberal noch das „U“ gegen „N“ für national.

Das „C“ steht für „christlich“. Christlich ist nicht gleich „konservativ“. Was hätte „konservativ“ 1945 bedeutet? Was hätte damals als zu konservieren würdig

gelten dürfen? Es musste ein neuer Ansatz gefunden werden. Das „C“ steht für den neuen Ansatz nach der Katastrophe von 1933–45. Entsprechend innovativ war dann das, was unter Führung der CDU in den grundlegenden Jahren der Bundesrepublik Deutschland gestaltet wurde – vom föderalen Aufbau des Staates bis hin zur sozialen Marktwirtschaft und zur Bindung an die westlichen Demokratien.

Zu Recht wird in der CDU immer wieder auf das christliche Menschenbild als ihre Grundlage verwiesen. Keine andere Partei bekennt sich in gleicher Weise. Das christliche Menschenbild ist nicht konservativ. In der CDU wird anerkannt, dass der Mensch sich als Sünder und Heiliger zugleich vorfindet. Das sündhafte Wesen des Menschen bedeutet, dass er sich irren kann, böse sein kann, sich selbst als Mensch verfehlen kann. Ihm sind deshalb Grenzen zu setzen durch Recht und Gesetz, durch Moral und Kontrolle seiner Macht. Das Wesen des Menschen als Heiliger zugleich bedeutet: Ihm ist eine Würde und Freiheit vorgegeben, die ihm nicht genommen werden kann, selbst wenn er sich verfehlt. Seine unantastbare Würde und Freiheit setzen ihrerseits der Politik Grenzen. Das Grundgesetz der Bundesrepublik Deutschland wird dem mit der Benennung der Grundrechte gerecht. Die Demokratie ist die Staatsform, die am ehesten das

Böse im menschlichen Wesen und politische Allmacht in Schranken hält. Sie ist die Staatsform, in der die Würde und Freiheit des Menschen am ehesten anerkannt und geachtet werden.

Freilich ist das „C“ mit dem christlichen Menschenbild noch nicht ausgeschöpft. Dass z. B. Gott mehr zu gehorchen sei als Menschen (Apostelgeschichte 5,29), ist ein biblischer Grundsatz von politischer Brisanz und kann kaum als konservativ angesehen werden. Dass Gott mehr zu gehorchen sei als Menschen, begründet den Widerstand gegen immer wieder aufflammende Allmachtsansprüche in der Politik und von Einzelnen oder auch von der Mehrheit. Dass alles Politik sei und alles sich als politisch zu rechtfertigen habe, gehört zu den Abwegen der 68er. Politik ist nicht alles, kann nicht alles und darf nicht alles, weil der Mensch

nicht alles kann und nicht alles darf. Das ist eine Überzeugung, die aus dem „C“ gewonnen wird. Die CDU erhebt keinen Allmachtsanspruch und widerspricht jeglichem Allmachtsanspruch. Sie weiß sich deshalb dem Grundgesetz unterworfen, sie beugt sich dem Recht und setzt sich dem christlichen Glauben als von außen kommendes Kriterium aus. Dazu gehört auch, dass sie andere Parteien neben sich, die mit ihr konkurrieren, sie kritisieren, ihr widersprechen, sie bei entsprechendem Wahlergebnis in der Regierung ablösen, nicht infrage stellt. Hierbei verbindet sich das „C“ mit dem „D“. Das „D“ in ihrem Namen, spricht aus, dass die CDU sich als demokratische Partei versteht, die eben das achtet, dass andere anders sind, anders denken, anderes wollen. Das muss die CDU immer wieder neu aushalten und hält sie auch aus, wie sie in ihrer Geschichte gezeigt hat.

Die CDU führt das „D“ in ihrem Namen. Die CDU bekennt sich als demokratische Partei. Das ist keine Selbstverständlichkeit, sondern war bei ihrer Gründung 1945/46 eine Klarstellung angesichts der Diktatur der NSDAP. Es war und ist auch das Signal, dass die CDU mit anderen demokratischen Parteien etwas Wesentliches gemeinsam hat und deshalb grundsätzlich zu Koalitionen mit ihnen bereit und fähig ist. Sie erhebt kein Alleinvertretungsanspruch, auch dann nicht, wenn sie in Wahlen die absolute Mehrheit erhält. Zu ihrem Demokratieverständnis gehört, dass sie andere neben sich und Minderheiten respektiert und achtet.

Es ist auffällig, welche Parteien sich nicht mit ihrem Namen als demokratisch kennzeichnen: KPD, NSDAP, SED, DKP, Die Linke, die CSU und neu die AfD. Die Linke hat es nicht lange ausgehalten, PDS zu sein – Partei des demokratischen Sozialismus. Vielleicht hat sie erkannt, dass ihre Vorstellung von Sozialismus ehrlicherweise mit Demokratie nicht vereinbar ist. Dass die Partei DIE GRÜNEN sich mit ihrem Namen lediglich zu einer Farbe bekennt, ist ein intellektuelles Armutszeugnis und ein wackliger Halt. Die CSU ist immerhin durch das „C“ gebunden, daraufhin ansprechbar und der Kritik ausgesetzt.

Und schließlich das „U“. Es steht für „Union“. Es steht dafür, dass die CDU sich als vereinigende, integrierende und soziale Partei versteht. Sie malt nicht schwarz-weiß, setzt nicht auf Spaltung, sondern auf Gemeinschaft, Versöhnung



und Solidarität. Im Gegensatz zu extremistischen Parteien achtet sie deshalb den Kompromiss in der Politik. Der Kompromiss dient der Gemeinschaft und Versöhnung, dient dem Frieden.

Mit der Gründung der CDU wurde zum ersten Mal in der deutschen Geschichte der Versuch unternommen, evangelische und katholische Christen gemeinsam in einer politischen Partei zusammenzuführen. Es war fatal, dass in der Weimarer Republik die Evangelischen im Grunde parteipolitisch obdachlos waren. Das Zentrum war katholisch, die KPD war kirchen- und christenfeindlich, die SPD kritisch bis feindlich gegenüber Kirche und Christen. Diese Konstellation machte es den Evangelischen schwer, eine politische Heimat zu finden. Die CDU ist die Partei, in der Protestanten und Katholiken sich politisch vereint auf den Weg machen und gemeinsam politische Ziele formulieren und anstreben. Das war bei ihrer Gründung kein konservativer Akt, sondern war in Deutschland etwas absolut Neues, Innovatives und Zukunftsweisendes. Dass es heute in der Bundesrepublik keine kirchen- und christenfeindliche Partei gibt, ist nicht zuletzt der CDU zu danken.

Das „U“ in Verbindung mit dem „C“ im Namen der CDU muss heute bedeuten, und praktisch ist das auch der Fall, dass in der CDU alle Menschen eingeladen sind, die trotz Differenzen im Glauben bereit sind, gemeinsam politisch tätig zu werden. Die CDU hat seit ihrer Gründung gezeigt, dass trotz Glaubensunterschiede gemeinsame Politik möglich ist. Insofern steht die CDU gerade wegen ihres „C“s auch für Hindus und Moslems und andere offen. Religiöse Glaubensunterschiede sind für die CDU kein Ausschlusskriterium, es sei denn, es handelt sich um einen extremistischen Fundamentalismus, der sich jeglicher Gemeinschaft verschließt. Ein solcher findet sich nicht

nur im Islam und Hinduismus, sondern auch im Christentum und ebenso im Atheismus. Fundamentalismus macht unfähig für die Politik und trägt in sich den Geist der Uneinigkeit, der Feindschaft und Zersplitterung. Fundamentalistische Parteien sind weder mehrheits- noch koalitionsfähig. – Im Übrigen: Religiöse oder ideologische Fundamentalisten scheuen die CDU mehr noch als der Teufel das Weihwasser. Insofern kann die CDU als immun gegenüber Fundamentalismus gelten.

Das „U“ hat die Politik der CDU und mit ihr Deutschland nach dem Zweiten Weltkrieg stärker geprägt als weit hin bewusst ist. Dazu gehören: die Versöhnung mit Frankreich, die Bindung der Bundesrepublik an die westlichen Demokratien, die Einbindung der Bundesrepublik in die Europäische Gemeinschaft und die Europäische Union, die Verankerung der Bundeswehr in der NATO, die Überzeugung, dass die Vereinigung Deutschlands nur in Frieden, Freiheit und in Einigkeit über Deutschland hinaus gelingen wird. Und so ist sie auch mit Zustimmung der Siegermächte und durch freie Wahl der Menschen in der DDR geschehen. Und zum „U“ gehört nicht zuletzt auch der EURO als Gemeinschaftswährung, deren Zustandekommen die CDU-geführte Bundesregierung unter Helmut Kohl wesentlich betrieben hat. Nicht Nationalismus ist das Markenzeichen der CDU, sondern Gemeinschaft, Zusammengehen mit anderen Nationen, Integration, Verständigung mit anderen. Als Union ist sie auch über Landesgrenzen hinweg sozial, d. h. auf Gemeinschaft bedacht! Das alles war neu für Deutschland und in Europa nach 1945, war und ist nicht konservativ, sondern innovativ. Dem gegenwärtig erstarkten Nationalismus in Europa und Deutschland hat die CDU zu widerstehen.

Nationalismus ist separatistisch. Deutschland und Europa sind aber gut gefahren mit der innovativen Unionspolitik, für die die CDU Vorreiterin war uns ist.

Die CDU sei nach links abgerutscht, wird in ihren eigenen Reihen behauptet. Sie sei beliebig geworden. Denn sie habe z. B. die Wehrpflicht und die Atomenergie aufgegeben sowie dem Mindestlohn zugestimmt. Ja, das trifft zu, hat aber mit einer Linksorientierung und Profilosigkeit nichts zu tun. Wehrpflicht, Atomenergie, Ablehnung von Mindestlohn gehören nicht zu den Essentials der CDU, so wichtig sie für die CDU waren und sind.

Die Bundeswehr, die gegen erhebliche Widerstände unter der Kanzlerschaft von Konrad Adenauer (CDU) in der Bundesrepublik geschaffen wurde, war und ist für Deutschland etwas Neues. Sie war nicht die Wiedererweckung der Wehrmacht oder Reichswehr. Die in der Bundeswehr implantierte „Innere Führung“, ihre Unterstellung unter das Parlament, die Möglichkeit der Wehrdienstverweigerung und ihre Einbindung in die NATO unterscheiden sie wesentlich von früheren Armeen in Deutschland. Die Wehrpflicht hat zweifellos für eine Präsenz zivilen

Geistes in der Bundeswehr gesorgt und einer Dominanz militaristischen Geistes entgegengewirkt. Hinzu kommt, dass die Bundesrepublik frei ist von

jeglicher Militärunterwürfigkeit. Kein Zivilist steht stramm, wenn ihm ein Major begegnet. Ein Hauptmann von Köpenick hätte heute keine Chance. Allerdings hat sich die Wehrpflicht so entwickelt, dass nur noch eine Minderheit tatsächlich einzuberufen war. Dem war Rechnung zu tragen. Außerdem erfordern die hochtechnisierte Ausrüstung der Bundeswehr sowie die mit UN- oder NATO-Mandat erfolgten Einsätze der Bundeswehr im Ausland

Die CDU weiß sich dem Grundgesetz unterworfen, sie beugt sich dem Recht und setzt sich dem christlichen Glauben als von außen kommendes Kriterium aus.

den professionellen Soldaten. Die CDU ist mit der Abschaffung der Wehrpflicht keine andere Partei geworden. Sie steht nach wie vor zum wehrhaften Staat nach innen und nach außen, und zwar innovativ auf aktuelle Entwicklungen sich einstellend und nicht konservativ mit Mitteln, die sich in der Vergangenheit bewährt haben mögen, aber in der Gegenwart nicht mehr angemessen sind und ausreichen.

Nach der Katastrophe von Fukushima ist es nicht mehr glaubwürdig zu behaupten, Atomkraftwerke seien sicher und in jeder Situation beherrschbar. Es gibt Naturkräfte, die sind stärker als Atomkraftwerke. Es hat sich gezeigt, dass selbst ein hochtechnisiertes Land eine Atomkatastrophe nicht verhindern und beherrschen kann. Deshalb ist es vernünftig,

den Atomkraftwerken in einer so dicht besiedelten Region wie Deutschland und Europa keine Zukunft zu geben. Hier „konservativ“ zu sein, ist ein höchst riskantes Spiel. Die CDU hat sich dagegen als verantwortungsvolle Partei bewährt, die eine Position aufgeben kann, wenn sie sich als falsch erweist. Solche Einsichtsfähigkeit ist in der Politik unerlässlich.

Und beim Mindestlohn handelt es sich um einen klassischen Kompromiss, der dem Umstand einer Koalition geschuldet ist. In einer Koalition geht es nicht um ein Alles oder Nichts. Die CDU war für eine Lohnuntergrenze, die zwischen den Tarifparteien auszuhandeln sei. War der Unterschied zum Konzept des Mindestlohns wirklich so groß, dass ein Kompromiss in dieser Frage ausgeschlossen war?

Die CDU ist eine zum Kompromiss und damit zur Politik fähige Partei. Im Vergleich zu den maßgeblichen Parteien in der Weimarer Republik oder gar zur NSDAP ist Kompromissfähigkeit ein Gewinn für Deutschland. Die CDU hat damit Deutschland vorangebracht und befriedet.

Die CDU hat ihr Profil im „C“, im „D“ und im „U“. Diese drei Buchstaben und keine anderen machen sie unverwechselbar.



Christof Warnke

war ev. Pfarrer in Bad Homburg und Vorsteher des Frankfurter Diakoniehauses.

Zehn Thesen zum „C“ in der Union

des Bundesvorstandes des Evangelischen Arbeitskreises der CDU/CSU (EAK)
verabschiedet am 07.11.2016

1. Bei der Gründung der Christlich-Demokratischen Union Deutschlands (CDU) im Jahre 1945 beriefen sich die Väter und Mütter der Union auf die „kulturgestaltenden sittlichen und geistigen Kräfte des Christentums“ als entscheidender „Kraftquelle“ zur Errichtung einer neuen „Ordnung in demokratischer Freiheit“ (1). Das „C“ im neuen Parteinamen, das zum ersten Mal in der deutschen Geschichte Katholiken und Protestanten in die gemeinsame politische Verantwortung rief, bildete dabei die Ermöglichungsgrundlage und entscheidende Klammer für die Gründung der Union, in der sich nun die unterschiedlichsten liberalen, konservativen und sozialen Kräfte auf eine tragende, gemeinsame Wertgrundlage verständigten.

2. Das „C“ als gemeinsame Grundlage und Klammer der neuen Volkspartei drückte dabei von Anfang an den verantwortungsethischen Selbstanspruch engagierter und bekennender Christen (2) aus beiden Konfessionen aus und war niemals als Ausdruck eines christlichen Alleinvertretungs-, Monopol- oder gar Absolutheitsanspruches gemeint (3). Bewusste Christenmenschen aus beiden Konfessionen sollten vielmehr zur aktiven und lebendigen Mitarbeit in der neuen freiheitlich-parlamentarischen Demokratie ermuntert und gewonnen werden.

Denn die Berufung auf das „C“ war nach der nationalsozialistischen Gräueltat und Terrorherrschaft sowie den Verwüstungen des Zweiten Weltkrieges vor allem eine gezielte und deutliche Absage an jede Form von politischem Totalitarismus und jede politische Ideologie.

3. Das „C“ ist dementsprechend inklusiv-einladend (4) und nicht exklusiv-abgrenzend zu verstehen. Es will als Basis der „Union“ versöhnen und zusammenführen, statt zu spalten und zu polarisieren. Es hat eine grundlegend anti-ideologische und anti-totalitäre Ausrichtung. Es signalisiert einen dezidiert praktisch-verantwortungsethischen und real-lebensweltlichen Anspruch an den eigenen politischen Auftrag, keinen bloß theoretischen oder gar abstrakt-gesinnungsethischen.

4. Das „C“ als Grundlage der ethischen Vergewisserung und Selbstprüfung der Politik darf nicht in einem doktrinal-dogmatischen Sinne missverstanden werden. **Hermann Ehlers** legte Wert auf die Feststellung: „Sowohl der Kirche und ihrer Verkündigung als auch dem Staat und seinem Auftrag wird ein Dienst getan, wenn politische und religiöse Argumentationen säuberlich geschieden werden und jeder der ihr befohlene Raum zugewiesen bleibt.“(5) Es gibt keine

direkte und unmittelbare Möglichkeit der Umsetzung von christlichen Glaubensinhalten in die Tagespolitik. Ein „christliches Programm“, eine „christliche Partei“ oder eine „christliche Politik“ als solche kann es nicht geben, da diese wiederum selber unter Ideologieverdacht fielen (6). Das „C“ ist also eher mit der orientierenden Funktion eines Marsch-Kompasses (7) vergleichbar (Helmut Thielicke). Auch wenn über Grund und Ziel des Weges Einigkeit herrschen sollte, muss um die genaue Marschrouten und die damit verbundenen besten Mittel zur Erreichung des Zieles immer wieder gerungen werden.

5. Das „C“ ist kein oberflächliches Feigenblatt, kein schmückendes Beiwerk, sondern ernsthafte und lebendige Grundorientierung. Bei der Berufung auf das „C“ geht es keineswegs um den unaufrichtigen Versuch einer politischen Absegnung der Normativität des jeweils Faktischen. Es geht vielmehr – je und jetzt – um die bewusste Gestaltung und Veränderung des Faktischen aus der selbstverpflichtenden Orientierung am Normativen (i.e. des christlichen Glaubens) heraus. Insofern ist an **Richard von Weizsäcker** zu erinnern, der vom „C“ einmal sehr treffend als selbstverpflichtenden „Stachel im Fleisch“ der Partei gesprochen hat.

6. Das „C“ ist auch nicht als fromme Hybris aufzufassen. Das Christliche Menschenbild, dem die CDU verpflichtet ist, weiß um die Endlichkeit und Vorläufigkeit sowie die Fehlerhaftigkeiten und Beschränkungen unserer menschlichen Natur. Das aktuelle Grundsatzzprogramm der CDU beschreibt deshalb zu Recht: „Jeder Mensch ist Irrtum und Schuld ausgesetzt. Darum sind auch der Planungs- und Gestaltungsfähigkeit der Politik Grenzen gesetzt. Diese Einsicht bewahrt uns vor ideologischen Heilslehren und einem totalitären Politikverständnis. Sie schafft Bereitschaft zur Versöhnung.“(8)

7. Das „C“ kann man mit Fug und Recht als den Schatz und das entscheidende Identitätsmerkmal der Union bezeichnen. CDU und CSU tun deshalb gut daran, dieses Profil auch in Zukunft zu pflegen. Dies bezeugen bis zum heutigen Tage auch zahlreiche Umfragen in der deutschen Bevölkerung: „56 Prozent finden das Attribut „christlich“ sympathisch, 26 Prozent unsympathisch. Die CDU hätte demnach einen C-Bonus und keinesfalls einen C-Malus. Beim Attribut „konservativ“ fallen die Sympathiewerte

umgekehrt aus. Die Vorstellungen von den Positionen eines christlichen Politikers sind weit positiver als die einem konservativen Politiker zugeschrieben.“(9) In dem Maße, wie es gelingt, dem „C“-Profil Glaubwürdigkeit in der Bevölkerung zu verschaffen, steigt auch das Vertrauen, das Ansehen und der Zuspruch für die Union.

8. Wiederholte Umfragen bestätigen immer wieder, dass das „C“ für Anhänger wie Mitglieder der CDU nach wie vor von großer Bedeutung ist. Alle Verlautbarungen, Strategien und Maßnahmen die das „C“ als entscheidendes Identitätsmerkmal der Union relativieren, marginalisieren oder gar zu verschweigen trachten, sind im Gegenzug als höchst problematisch, gefährlich und letztlich kontraproduktiv zu betrachten. Wer am „C“ im Parteinamen rührt, rührt auch am Identitätskern und der Existenzgrundlage der CDU selbst.

9. Das „C“ lebt entscheidend davon, dass es auch in Zukunft eine hinreichende Zahl von bewussten und engagierten Christen in der Partei gibt, die die aus dem Glauben abgeleiteten

christlichen Werteüberzeugungen und die mit dem Christlichen Menschenbild verbundenen Überzeugungen nicht nur verbal vertreten, sondern auch selbst einreten und vorleben (10). Die Mitglieder und Repräsentanten von CDU und CSU prägen schließlich selbst in herausragender und beispielhafter Weise das Bild, das sich die Menschen von der Union machen, mehr noch, als es Programme allein jemals tun könnten. In CDU und CSU versammeln sich immer noch überproportional viele Christen, mehr als in allen anderen Parteien. Das gilt übrigens auch für die CDU/CSU-Fraktion im Deutschen Bundestag und die Vertreter der Union in den Länderparlamenten.

10. Gleichwohl war und sind CDU und CSU immer auch offen für Menschen mit anderen religiösen oder weltanschaulichen Überzeugungen, die diese Grundlagen und Werte des Christlichen Menschenbildes bejahen (11). Auch sie sind selbstverständlich willkommen, in der Union eine politische Heimat zu finden, und zur Mitarbeit eingeladen. Das „C“ bleibt die klar verpflichtende Grundlage und Basis für alle Mitglieder in der Union.

Anmerkungen

- (1) S. Berliner Gründungsaufwurf der CDU von 1945, in: Peter Hintze (Hg.), Die CDU Parteiprogramme – Eine Dokumentation der Ziele und Aufgaben, Bouvier, Bonn 1995, S. 3.
- (2) Hermann Ehlers stellte einmal sehr schön klar: „Wenn heute von einer christlichen Verantwortung in der Politik geredet wird – leider wird von ihr zuviel geredet und zu wenig getan! – dann bedeutet das doch folgendes: Der einzelne Politiker soll in die Verantwortung vor dem Worte Gottes gerufen werden, das ihm gebietet, auch sein politisches Handeln so einzurichten, daß er es dereinst vor dem Richterstuhl Gottes zu verantworten sich getrauen kann. Es muß aber ausgeschlossen sein, daß das christliche, religiöse oder scheinbar religiöse Reden zum Vorwand einer politischen Entscheidung wird.“ (Karl Dietrich Erdmann (Hg.), Hermann Ehlers – Präsident des Deutschen Bundestages – Ausgewählte Reden, Aufsätze und Briefe 1950–1954, Boppard am Rhein 1991, S. 144.
- (3) Hierzu noch einmal Hermann Ehlers: „Die immer besonders grundsätzliche und gründliche evangelische Theologie hat sich dieser Frage mit großer Akkuratess angeeignet und jenseits und diesseits des Rheins wird sehr viel Mühe darauf verwandt, immer wieder zu beweisen und zu betonen, daß es weder eine christliche Politik noch eine christliche Partei geben könne. Es scheint mir in diesem ganzen Wirbel notwendig zu sein, einmal sehr schlicht darauf hinzuweisen, daß wir uns bei der Gründung der Partei im Jahre 1945 über diesen ganzen Wust von Ideen und theologischen Lehren nicht den geringsten Gedanken gemacht haben. Selbst die überzeugten katholischen Anhänger einer Naturrechtslehre haben das sicher nicht getan, sondern alle haben instinktiv eine Folgerung aus einem bis zum Sterben des Volkes ausgekosteten Erlebnis gezogen. Sie haben erfahren, daß ein Volk, das in seinem ganzen Leben, in seiner Kultur- und Sozialpolitik, in seiner Wirtschaftspolitik, in seiner Innen- und Außenpolitik darauf ausgerichtet wird, Gott zu vergessen, ihn von seinem Thron zu stoßen und auf diesen Thron einen lebendigen Menschen oder eine Ideologie zu setzen, untergeht. So brutal, aber auch so einfach war es.“

- (...) Darum hat niemand in der CDU überhaupt nur daran denken können, jemand anderen das Christsein absprechen zu wollen, wenn er einer anderen Partei angehörte. (...) Ebenso wenig konnte man daran denken zu meinen, es könnte einen christlichen Monopolanspruch geben.“ (A.a.O., S. 368/9)
- (4) Die CDU ist wohlgerne als ein ursprünglich interkonfessionelles und keineswegs als ein „überkonfessionelles“ politisches Bündnis zu betrachten. Dieses seit Jahrzehnten bewährte politische Bündnis realisiert sich deshalb auch bis heute in Form von unterschiedlichen konfessionellen Herkunftsidentitäten und -traditionen.
 - (5) Hermann Ehlers, a.a.O., S. 145.
 - (6) Vgl. diesbezüglich auch die treffende Bemerkung von Helmut Thielicke über den abstrakten Begriff des „Christentums“: „Das Wort ‚Christentum‘ ist ein unglücklicher Begriff: Es meint nämlich nicht so sehr das Evangelium selbst, sondern es meint den großen Komplex all jener geschichtlichen Erscheinungen, die ‚irgendwie‘ in Zusammenhang, und zwar manchmal in einem sehr losen Zusammenhang, mit dem Evangelium in Erscheinung getreten sind. (...) In ihm ist schlechterdings alles vereinigt: Von den Orthodoxen bis zu den liberalen Kulturprotestanten, von der römischen Kirche bis zu den Ernst-Bibelforschern, von der Tiara des Papstes bis zu den höchsten Ketzerräten, von der ‚Bekennenden Kirche‘ im Ghetto bis zum Metropoliten von Moskau.“ (ders., Der Glaube der Christenheit, Vandenhoeck & Ruprecht in Göttingen 1958, S. 13.) – Ein typisches, klassisches Ideologoumenon stellt auch die immer wieder anzutreffende, Floskel vom sogenannten „Christlichen Abendland“ dar, wobei das Attribut „christlich“ in manchen Kreisen – wie an der Bewegung PEGIDA erkennbar – dabei bereits immer öfter schon als obsolet erscheint.
 - (7) „Ich habe immer wieder versucht, das (...) an einem ganz simplen Bilde zu verdeutlichen, an einem Marschkompass. Dessen Zeiger weist auf das angepeilte Ziel. Nun ist es immer unmöglich, wenn wir diesen Zeiger – sagen wir mal – auf Liebe, Glaube, Hoffnung richten, aufgrund dieser Zeigeranzeige einfach geradeaus und unmittelbar auf das Ziel zuzugehen. Denn dann

- stoßen wir auf lauter Hindernisse, auf Rotlicht, auf Häuserzeilen, auf Ströme und Abgründe. Um die müssen wir dann herumgehen, aber ständig die Zielrichtung im Auge behalten. Es zeigt sich also, daß bei der Verwirklichung ethischer Ziele eine Beurteilung des Geländes nötig ist, daß man es jedenfalls in Rechnung ziehen muß.“ (Helmut Thielicke, Erwiderung auf die Verleihung des Hermann-Ehlers-Preises am 23. November 1984 in Hamburg, in: W. Bernhardt (Hg.), Ein Christ in der Politik – Hermann Ehlers zum Gedenken 1904–1954, Neumünster 1985, S. 65.
- (8) Freiheit und Sicherheit – Grundsätze für Deutschland. Das Grundsatzprogramm. Beschlossen vom 21. Parteitag in Hannover, 3.–4. Dezember 2007, Ziffer 7., S. 8.
 - (9) Dr. Andreas Püttmann, Gesellschaft ohne Gott? – Kirchen und Gemeinwohl, in: Evangelische Verantwortung, Ausgabe 9+10 2016, S. 5.
 - (10) Vgl. Helmut Thielicke, Theologische Ethik II, 2, Tübingen 1958, S. 86: „Der christliche Glaube kann nur im Namen seiner Substanz, d.h. im Namen des von ihm geglaubten Herrn, und nicht im Namen der dabei „mit herauskommenden“ Ideen [zu ergänzen wäre hier: Werte und Normen] wirksam werden. Und er kann sich auch nur an die Substanz des Menschen, d.h. an sein Herz, wenden. Negativ ausgedrückt heißt das: Der Glaube kann nicht so wirksam werden, daß er primär christliche Sozialordnungen und die diese Ordnungen tragenden Werte verkündet und organisatorisch verwirklicht. Das würde nur heißen, das Pferd vom Schwanz her aufzuzäumen.“
 - (11) Vgl. Freiheit und Sicherheit – Grundsätze für Deutschland. Das Grundsatzprogramm der CDU Deutschlands. Beschlossen vom 21. Parteitag, Hannover, 3.–4. Dezember 2007, S. 7: „Die CDU ist für jeden offen, der Würde, Freiheit und Gleichheit aller Menschen anerkennt und die hieraus folgenden Grundüberzeugungen unserer Politik bejaht. Auf diesem Fundament baut unser gemeinsames Handeln in der CDU auf.“

Die AfD schadet Deutschland

| Burkard Dregger MdB

Führende Köpfe der AfD versuchen, sich des politischen Erbes von Alfred Dregger zu bemächtigen. Sie wollen glauben machen, sie seien die Nachfolger der Konservativen in der CDU. Alfred Dregger hätte sich dagegen verwahrt.

Alfred Dregger war ein leidenschaftlicher demokratischer „Streiter für Deutschland“. Gerne zitierte er Perikles, den berühmten Bürgermeister Athens in den Hochzeiten der antiken Demokratie. Dieser sagte: „Wisset, dass das Geheimnis des Glücks die Freiheit, der Freiheit Geheimnis aber der Mut ist.“ Zu keinem Zeitpunkt hat Alfred Dregger politische Überzeugungen dem Opportunismus geopfert, sondern er hat immer danach gefragt, was im Interesse Deutschlands ist. Die Positionen der AfD sind es nicht.

Alfred Dregger war überzeugter Europäer. Er sah das sich einigende Europa in der Tradition des Heiligen Römischen Reiches Deutscher Nation, das von 800 bis 1806 einen Interessensausgleich unter den vielfältigen europäischen Völkern nach innen und Schutz nach außen zu gewährleisten versuchte. Er betonte die europäische Identität der Völker Europas und forderte eine gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik, um das politische Gewicht Europas auch im Interesse Deutschlands voll zur Geltung bringen zu können. Das Bestreben der AfD, die Europäische Einigung zurückzudrehen und die gemeinsame europäische Außen- und Sicherheitspolitik aufzugeben, würde er als Schwächung Deutschlands eine klare Absage erteilen.

Alfred Dregger war ein überzeugter Atlantiker. Er betrachtete das Bündnis der demokratischen Staaten, insbesondere mit den USA, als Garanten für die Freiheit Deutschlands. Das würde er heute in den Zeiten des internationalen Terrorismus mit gleicher Klarheit vertreten. Der Forderung der AfD nach Abzug der alliierten Truppen aus Deutschland würde er als Schwächung der NATO und der Sicherheit Deutschlands entgegentreten.

Alfred Dregger suchte immer den Ausgleich mit Russland, aber niemals zulasten des westlichen Bündnisses. Er hätte sich mit aller Deutlichkeit gegen die Unterstützung der Annexionspolitik Russlands

durch die AfD gewandt. Ebenso wie die Linke macht sich die AfD zum Vasallen Russlands, fördert die Instabilität in Osteuropa und untergräbt die bisher überaus erfolgreichen Anstrengungen von Bundeskanzlerin Angela Merkel zur Stabilisierung der Lage. Das wäre mit Alfred Dregger nicht zu machen.

Alfred Dregger verband Geschichtsbewusstsein und Weltoffenheit. Er hatte höchste Achtung vor den Weltkulturen, insbesondere vor der arabischen Kultur des Mittelalters. Häufig erzählte er von Kaiser Friedrich II. (1220–1250), der mit der arabischen Kultur aufgewachsen war und den Interessenausgleich mit den muslimischen Arabern, die friedliche Übergabe Jerusalems und den freien Weg für christliche Pilger in die Heilige Stadt in gegenseitigem Respekt erreicht hatte. Alfred Dregger war kulturgeschichtlich gebildet. Pauschale Herabwürdigungen anderer Kulturen – wie sie von einigen Frontleuten der AfD zu hören sind – lagen ihm fern.

Trotz allen demokratischen Streits waren Alfred Dregger die Einheit und der Zusammenhalt Deutschlands oberstes Anliegen. Er hätte heute den Begriff der Nation in die Welt der Globalisierung übertragen. Er hätte als vorbildlichen Deutschen akzeptiert, wer sich für unser Land einsetzt, wer die Werte des Grundgesetzes vertritt, wer die deutsche Kultur und die deutsche Sprache sein eigen nennt und wer sich für das Wohlergehen unseres Landes einsetzt. Er hätte die AfD dafür angegriffen, dass sie einen Teil des deutschen Volkes pauschal aufgrund seiner Hautfarbe, Herkunft oder Religion auszugrenzen versucht. Und er hätte deutlich gemacht, dass undifferenzierte Pauschalkritik ausgerechnet die vorbildlich integrierten „neuen“ Deutschen trifft, sie unserem Land entfremdet und in andere Identitäten treibt. Und das ist nicht in deutschem Interesse.

Und Alfred Dregger liebte sein Vaterland. Keine Feindseligkeit des linken Zeitgeistes konnte ihn davon abhalten, die Wiedervereinigung Deutschlands in

Freiheit als übergeordnetes Ziel bundesdeutscher Politik zu erhalten. Dabei war er in der Lage, den Menschen mit verständlichen Worten zu erklären, warum die Politik der CDU im deutschen Interesse ist. Das würde er auch heute können.

Er würde erklären, dass der wirksamste Schutz Deutschlands vor illegaler Masseneinwanderung an den europäischen Außengrenzen zu erfolgen hat. Er würde es begrüßen, dass das in Rekordzeit verhandelte EU-Türkei-Abkommen das gefährvolle Übersetzen von Zehntausenden von Menschen durch Schlepperbanden

in der Ägäis und den Migrationsstrom über die Türkei nach Europa gestoppt hat. Er würde die Türkei dafür loben, dass sie nicht nur ihre eigenen Staatsbür-

ger zurücknimmt, sondern auch alle Drittstaatenangehörige, die über die Türkei nach Europa zu gelangen versuchen. Alfred Dregger hätte diesen erfolgreichen Kurs unserer Kanzlerin ebenso unterstützt. Und er hätte sich gegen diejenigen gewandt, die wie die AfD sowohl den übergroßen Zustrom von Migranten im letzten Jahr kritisieren als auch das wirksamste Mittel hiergegen, ohne einen Alternativvorschlag unterbreiten zu können.

Alfred Dregger war ein Patriot wider den Zeitgeist. Denn in seiner Zeit wurde Vaterlandsliebe aus dem linken Spektrum bekämpft. Die AfD hingegen ist rechtspopulistisch mit dem Zeitgeist. Der Zeitgeist aber dreht sich. Ein wahrer Patriot steht. Oder um es in den Worten des großen deutschen Nationaldichters Goethe auszudrücken, die Alfred Dregger wiederholt zitiert hat:

„Wer in schwankenden Zeiten auch schwankend gesinnt ist, der mehret das Übel und breitet es weiter und weiter. Doch wer fest auf dem Sinne beharrt, der bildet die Welt sich.“

Alfred Dregger hätte heute als vorbildlichen Deutschen akzeptiert, wer die Werte des Grundgesetzes vertritt und sich für das Wohlergehen unseres Landes einsetzt.



Burkard Dregger
ist Mitglied des Abgeordnetenhauses von Berlin und Mitglied des Präsidiums der CDU Berlin.

Ein neues, klassisches Luther-Oratorium zum Reformationsjubiläum 2017

Interview mit dem italo-argentinischen Komponisten Daniel Pacitti und dem Librettisten und EAK-Bundesgeschäftsführer, Pastor Christian Meißner

Evangelische Verantwortung (EV): Im kommenden Jahr wird das Luther-Oratorium „Wir sind Bettler“ vom EAK in der Berliner Philharmonie uraufgeführt werden. Das ist ja einigermäßen ungewöhnlich für einen politischen Arbeitskreis, oder?

Christian Meißner: Sicherlich, aber nur auf den ersten Blick! Das 500-jährige Reformationsjubiläum 2017 bietet die große und einmalige Chance, weite Teile der deutschen Gesellschaft und Öffentlichkeit wieder neu mit einem zentralen Inhalt unseres geistig-geistlichen Erbes und unserer kulturellen Identität vertraut zu machen. Die Reformation war eine gesamtgesellschaftliche Bewegung, ein universales Ereignis der Europäischen und der Weltgeschichte. Der EAK – die traditionelle Brücke zwischen Kirche und Politik – will darum alle Möglichkeiten nutzen, die herausragende Bedeutung und den Aktualitätsbezug der Reformation für die gelebte Verantwortung des heutigen Christenmenschen vor Gott und den Menschen zu thematisieren. Und so unterstützt er nun auch – neben seinen vielen anderen Aktivitäten – dieses besondere und einmalige musikalische Projekt.

EV: Wie kommen ausgerechnet ein römisch-katholischer Komponist und ein evangelischer Theologe dazu, gemeinsam ein Oratorium zu Martin Luther ins Leben zu rufen?

Daniel Pacitti: Ich bin Italo-Argentinier, Sohn italienischer Eltern. Meine ursprüngliche Heimat ist die argentinische Esperanza, die Provinz Sta Fe. Als Jugendlicher zog ich dann aber nach Mailand. Ich studierte dort am Konservatorium „Giuseppe Verdi“ und bin natürlich kulturell geprägt durch das römisch-katholische Milieu. Vor zwei Jahren kam ich nach Berlin, zunächst nur für ein paar Monate. Als ökumenisch interessierter und weltoffener Mensch faszinierte mich von Anfang an der Gedanke, mehr über Luther, die Reformation und den Protestantismus in Deutschland zu erfahren, und so bin ich geblieben. Ich hatte das Glück und die Freude auf dem Johannis-Empfang der Evangelischen



Kirche in Deutschland (EKD), Pastor Meißner kennenzulernen. Der Kontakt entstand übrigens durch Frau Dr. Johanna Schulze, die ja auch in der EAK-Bundesgeschäftsstelle arbeitet. Wir hatten schnell die Idee zu einer gemeinsamen Komposition. So haben wir bereits ein symphonische Dichtung über die Ehe und die Liebe geschrieben („Göttlich Stand und weltlich Ding“), für Bariton, Sopran, Chor und Orchester. Und dann kam auch relativ schnell der Plan für ein großes Luther Oratorium.

EV: Worum geht es bei diesem Oratorium? Und was bedeutet der Titel „Wir sind Bettler“?

Christian Meißner: Der Text des Librettos ist eng an die lutherische Originalsprache angelehnt. In seinen letzten Worten „Wir sind Bettler – das ist wahr“ zeigt sich für mich – nach dem geradezu übermenschlichen Glaubenskämpfen und den heftigen, lebenslangen Konflikten – am Ende wieder die ganze Demut und Selbstrelativierung Luthers in Bezug auf sein eigenes Werk und Wirken. Bei allen Kämpfen ging es Luther nämlich nie um sich selbst oder die eigene Person, sondern um das befreiende Evangelium Jesu Christi allein. Das ist letztlich auch der rote Faden, der die großen und lichten Höhen und abgründigen Tiefen seiner Theologie miteinander verbindet. Luther war sodann ein wortmächtiger Prediger und Kirchenmann und

auch ein sprachschöpferischer Titan ohne Gleichen. Ich habe noch einmal über viele Monate hinweg sehr intensiv und mit sehr viel Gewinn die zeitgenössischen Quellen sowie die Originaltexte seines Riesenwerkes studiert. Luthers wunderschöne Bilder und einprägsamen Metaphern, seine bisweilen kecke Ironie und seine ungemeine Wortästhetik, aber auch sein beispielloser Sarkasmus und seine nicht selten polemische Grobheit sind ja schon aus einer rein dramaturgischen Perspektive heraus äußerst reizvoll. Und hier wird bereits eine ganze Menge des Menschen Luther authentisch mittransportiert, nämlich seine geniale Größe wie auch seine Zerrissenheit und seine Widersprüchlichkeit.

Am Ende ging es mir aber vor allem darum, in zugleich allgemeinverständlicher und biblisch-theologisch gebundener Sprache die Kernbotschaften der Reformation und Luthers Kampf und Ringen einem breiten und heutzutage größtenteils säkularisierten Publikum auf unterhaltsame und zugleich tiefgründige Art und Weise nahezubringen. Das Projekt „Luther-Oratorium“ will damit also auch ganz bewusst ein Stück musikalisch-geistlicher Verkündigung außerhalb des kirchlichen Binnenraumes sein, der leider für viele Menschen heutzutage verschlossen ist.

Daniel Pacitti: Meine Komposition sucht natürlich die ganze Dramatik der Textvorlage musikalisch umzusetzen: Es geht um das verzweifelte Ringen um einen

gnädigen Gott, den Kampf gegen den Ablass, die befreiende reformatorische Erkenntnis und schließlich den endgültigen Bruch mit Kaiser und Papst. Das Oratorium will Herz, Geist und Verstand gleichermaßen ansprechen. Ich habe mich deshalb z.B. sehr intensiv in die musikalische Welt der Reformations- und Renaissancezeit eingearbeitet. In diesem Werk sind die unterschiedlichsten Einflüsse versammelt und miteinander verwoben worden, und das reicht von

den mittelalterlichen Einflüssen, über das reformatorische Liedgut bis hin zu den Spätromantikern. Selbstverständlich bin ich auch stark durch die italienische Opernkultur geprägt. Ich versuche in diesem Werk Traditionelles mit Innovativem zu verbinden. Es geht um eine musikalische Gesamtform, die offen ist für viele Herkünfte und Horizonte. Aber meine Komposition setzt dabei immer – und zwar im bewussten Gegensatz zu vielen anderen zeitgenössischen und

„modernen“ Werken – auf Hörerfreundlichkeit. Erst dadurch werden auf anregende Weise auch tiefe, emotionale Zugänge möglich, die wir mit dem Luther-Oratorium beabsichtigen. Es ging mir gewissermaßen um eine Formsprache, die sich bewusst tonal artikuliert und sowohl von einer musikalisch-multikulturellen Dialektik, als auch dem Respekt gegenüber der klassischen Tradition geprägt und getragen ist.

Der Evangelische Arbeitskreis der CDU/CSU (EAK) präsentiert

„Wir sind Bettler“

Luther-Oratorium mit großem Chor und Orchester

AM ANFANG
WAR DAS WORT



Brandenburgische Staatsorchester (Frankfurt a.d. Oder)

Einladung zur Uraufführung am:

Mittwoch, dem **28. Juni 2017**,

in der **Berliner Philharmonie**

Beginn: **20.00 Uhr**

(Einlass: 19.00 Uhr)

Musik: Daniel Pacitti | **Text:** Christian Meißner

Roman Trekel singt Martin Luther

Es spielt das **Brandenburgische Staatsorchester (Frankfurt a.d. Oder)**

Konzertchor der Staatsoper (Leitung: Frank Flade)

Berliner Oratorien-Chor (Leitung: Thomas Henning)



Roman Trekel (Bariton)



Yuriko Ozaki (Hoher Sopran)



Cristiane Roncaglio (Sopran)



Arttu Kataja (Bassbariton)



Dominic Barberi (Bass)

Sichern Sie sich rechtzeitig Ihre Karte für dieses einmalige Ereignis!

Unterstützen Sie dieses Projekt bitte auch durch eine Spende!

Exklusiver Kartenvorverkauf für alle Leser der „Evangelischen Verantwortung“

(Preiskategorien: 25 €, 35 € und 40 €)

Konzertkarten sind im Vorverkauf erhältlich unter der

Tickethotline: 030-47997474

online über: www.eak-cducsu.de

sowie an der Gastkasse der Philharmonie und an allen bekannten Vorverkaufsstellen (zzgl. Gebühren)

Der Evangelische Arbeitskreis trauert um Peter Hintze



Der Evangelische Arbeitskreis der CDU/CSU (EAK) trauert um Peter Hintze, der in der Nacht zum Ersten Advent heimgegangen ist. Peter Hintze war von 1990 bis 1992 EAK-Bundesvorsitzender. Als einer meiner Vorgänger war er mir über mehrere Jahrzehnte ein verlässlicher Ratgeber. Er war ein brillanter Kopf und ein warmherziger Mensch. Ich bin sehr dankbar für seine langjährige Freundschaft.

Der evangelische Theologe war bereits früh in die Politik gegangen. Zu den heißen und unbarmherzigen Debatten um den NATO-Doppelbeschluss fiel der evangelische Pfarrer in der Union auf und überzeugte auch mich mit seiner wohlthuenden, nämlich anderen, friedensethischen Argumentation. Ab 1983 im aufgeheizten Klima der Nachrüstungsdebatte verschaffte er als Bundesbeauftragter für Zivilrecht der Gewissensentscheidung Raum und Respekt. Als EAK-Bundesvorsitzender engagierte sich Peter Hintze intensiv für die Deutsche Einheit und prägte die erste Phase nach der Wiedervereinigung. Er begründete das „Deutschland-Forum des EAK“, das wechselweise im Westen und Osten Deutschlands stattfand, und legte auch den Grundstein für die Gründung der EAK-Landesverbände in den neuen Bundesländern. Mit ihm, der der Christlich-Demokratischen Union Deutschlands (CDU) in so vielfältiger Weise gedient hat, verlieren wir

einen der eigenständigsten Köpfe und eine herausragende Persönlichkeit, die unsere Partei über Jahrzehnte maßgeblich geprägt hat.

Sein umfangreiches Wissen ließ Peter Hintze zum vorbildlichen Brückenbauer zwischen Kirche und Politik werden. Seine klugen, messerscharfen, immer erfrischend unkonventionellen und zum Teil auch provokanten politischen Beiträge suchen ihres Gleichen und haben unsere politische Debattenkultur innerhalb und außerhalb der Union stets bereichert. Er war ein freier Geist und nur seinem Gewissen verpflichtet. Er hatte den Mut, wie bei Christian Wulff, auch gegen den Mainstream für Andere einzustehen. Seine menschlich immer zugewandte Art wird uns unvergessen bleiben und schmerzlich fehlen. Er war ein Freundschafts-Stifter.

PSt Thomas Rachel MdB
Bundesvorsitzender des Evangelischen Arbeitskreises
der CDU/CSU

Meinungen und Informationen

aus dem Evangelischen Arbeitskreis
der CDU/CSU

Herausgeber

Thomas Rachel, Dieter Hackler,
Norbert Kartmann, Sabine Kurtz,
Christine Lieberknecht, Christian Schmidt

Redaktion

Dr. Johanna Schulze, Christian Meißner
(V. i. S. d. P.)
Klingelhöferstraße 8, 10785 Berlin,
Tel.: 030/22070432, Fax: 030/22070436,
E-Mail: eak@cdu.de, www.eakcdu.de

Konto

Commerzbank Berlin
BLZ 100 400 00
KontoNr. 266 098 300
IBAN: DE79 1004 0000 0266 0983 00
BIC: COBADEFFXXX

Autoren

Henning Aretz
Christoph Warnke
Burkard Dregger MdB
PSt Thomas Rachel MdB

Fotonachweis

Titelbild: © Archiv Aretz
S. 3: © EAK-Archiv
S. 7: © EAK-Archiv
S. 11: © EAK-Archiv
S. 12: Brandenburgisches Staatsorchester © Tobias Tanzyna
R. Trekel © IMAGEM,
Y. Ozaki © M. Redeligx,
C. Roncaglio © RTR-MediaProduction,
A. Kataja © Markus Enttonen,
D. Barberi © Stephanie von Becker
S. 13 oben: © CDU
S. 13 unten: © EAK/Meißner
S. 14: © EAK-Niedersachsen
S. 15: © EAK-Schleswig-Holstein

Druck Druckerei Conrad

Nachdruck © EAK – auch auszugsweise – nur mit
Genehmigung der Redaktion und mit Quellenan-
gabe gestattet. Ein Belegexemplar wird erbeten.
Namentlich gekennzeichnete Beiträge stellen
die Meinung des Verfassers dar, nicht unbedingt
die der Redaktion oder der Herausgeber. *Papier:*
100 % chlorfrei



35. Hermannsburger EAK-Tagung

Das Aufeinanderzugehen und die Bereitschaft, den Geflohenen mit Respekt und praktischer Hilfe zu begegnen seien Wesenszüge einer aus dem christlichen Glauben heraus orientierten Flüchtlingspolitik. So das Fazit der **35. Hermannsburger EAK-Tagung**, die unter dem Thema „Aktuelle Herausforderungen in der Flüchtlingspolitik“ stand. Der niedersächsische EAK-Landesvorsitzende, **Pastor Dirk Heuer**, konnte mit dem Ersten Parlamentarischen Geschäftsführer der CDU/CSU Bundestagsfraktion, **Michael Grosse-Brömer MdB**, der Islam- und Religionswissenschaftlerin **Dr. Gundula Krüger** und dem Islam-Theologen **Prof. Dr. phil. Habib El Mallouki** mit profundem Wissen ausgestattete Referenten gewinnen.

Michael Grosse-Brömer begann seinen Redebeitrag mit dem eindringlichen Appell, gemeinsam über die Flüchtlingspolitik zu diskutieren und „nicht im eigenen Saft zu schmoren“. Nur so könne es gelingen, den Menschen Ängste zu nehmen

der Außengrenzen der Eurozone. Nur so könne gewährleistet werden, dass an Leib und Leben Bedrohte Zuflucht fänden und jene, die aus sicheren Herkunftsländern stammten oder als Wirtschaftsflüchtlinge sich auf den Weg nach Europa machten, die Einreise verwehrt werden könne. Aus diesem Grund versuche Bundeskanzlerin Angela Merkel, die Türkei „mit ins Boot zu holen“ und damit für eine Begrenzung des Flüchtlingszustroms zu sorgen.

Michael Grosse-Brömer machte keinen Hehl daraus, dass ein Scheitern dieser Bemühungen zu einer existenziellen Krise der EU führen könne. „Wenn es uns nicht gelingt, unsere gemeinsamen Werte mit politischem Handeln in Einklang zu bringen, dann wird 2016 zu einem Schicksalsjahr für Europa“. Selbstkritisch gestand er Fehler hinsichtlich der Entwicklung der kriegerischen Auseinandersetzung in Syrien ein. Man habe dem seit 2011 schwelenden Bürgerkrieg tatenlos zugesehen. Es sei eine schwerwiegende Unterlassung der internationalen Staaten-

von Flüchtlingen ohne dauerhafte Bleibeberechtigung aus.

Er beendete seine von starkem Beifall der Tagungsteilnehmer begleiteten Ausführungen mit Worten aus der Bibel: „Wer sät, der wird auch ernten! Wenn wir unser Handeln in der Flüchtlingskrise an diesen Worten ausrichten und mit Gottvertrauen an die Arbeit gehen, können wir es gemeinsam schaffen!“

In einem weiteren Vortrag unter der Überschrift „Was wird aus dem Nahen Osten?“ beleuchtete Gundula Krüger Szenarien für die weitere Entwicklung der Flüchtlingsbewegungen. Sie hob hervor, dass es sich um einen nur schwierig zu lösenden Konflikt im Mittleren und Nahen Osten handele, der noch Jahrzehnte andauern dürfte. Die Konfliktgründe seien weniger religiöser Natur, sondern resultierten aus ethnischen Zerwürfnissen, mangelnder Bildung der Bevölkerung und einer nicht entwickelten Infrastruktur. Lösungsansätze seien neben Friedensgesprächen die Versöhnung zwischen den ethnischen Gruppen und der Aufbau einer funktionierenden Infrastruktur unter Einschluss sozial geordneter Verhältnisse.

Unter die Überschrift „Islam und Christentum in einem europäischen Begegnungskontext“ stellte Habib El Mallouki vom Institut für Islamische Theologie an der Universität Osnabrück seinen mit großem Interesse verfolgten Vortrag. Nach seiner Auffassung stehe die islamische Theologie in besonderer Weise in einem dialektischen Kontext zu den beiden Offenbarungsreligionen. Eine ganze Sure (19) trage den Namen „Maria“ und die Namen Jesus, Christus und Maria würden 27-, 11- und 36-mal im Koran erwähnt. Mit Blick auf die meist muslimischen Flüchtlinge bei uns hob er hervor: „Der Islam versteht den Dialog nicht nur als Instrument der Vermittlung von Erkenntnis, sondern vielmehr als geistiges und moralisches Medium für den Menschen, um selbst der zu werden, der er sein könnte.“

El Mallouki betonte, Pluralität könne nur durch Wissen übereinander und Kontakt untereinander zu einer Bereicherung und friedlichen Koexistenz führen. Die islamische Theologie solle diesen Kontext herstellen und den Islam in Verbindung mit dem Ganzen (Mehrheitsgesellschaft) erhalten. Er schloss seinen Vortrag mit der Bitte um Aufnahmewilligkeit in der Gesellschaft zu werben und so einer gelingenden Integration den Weg zu bereiten.

Michael Looß von Hülst



Gast und Gastgeber der 35. Hermannsburger Tagung (von links): Michael Grosse-Brömer MdB und Pastor Dirk Heuer

und sie von der Unterstützung populistischer und teilweise menschenverachtender Politikentwürfe wie der der AfD abzuhalten. Quasi als Kontrapunkt würdigte er das vielfältige Engagement der ehrenamtlich Tätigen und der karitativen Verbände: „Ohne deren beherzten Einsatz hätten wir die schwierigen Situationen der vergangenen Monate nicht meistern können.“

In diesem Zusammenhang konnte sich Grosse-Brömer einen Seitenhieb auf jene nicht verkneifen, die die Flüchtlingspolitik der Bundesregierung kritisierten und erklärte: „Wenn ich andere kritisiere bin ich nicht automatisch besser“. Er warb für Geduld und Verständnis bei dem Bemühen der politisch Verantwortlichen, eine europäisch abgestimmte und von allen Mitgliedsstaaten mit getragene Übereinkunft in der Flüchtlingskrise zu erreichen. Ein vorrangiges Ziel sei die Sicherung

gemeinschaft gewesen, die für die Flüchtlingslager notwendigen Zahlungen an das Flüchtlingshilfswerk der Vereinten Nationen (UNHCR) nicht entrichtet zu haben, wobei Deutschland seinen Verpflichtungen nachgekommen sei. Daraus resultierte eine teilweise katastrophale Versorgung der Flüchtlinge mit Lebensmitteln und das Ausbleiben der Beschulung von Kindern und der Möglichkeit der Aufnahme von Arbeit durch die Erwachsenen. Dies habe einen Exodus aus diesen Lagern nach Europa mit ausgelöst.

Es komme jetzt darauf an, in Deutschland ein in die Zukunft gerichtetes Integrationskonzept zu entwickeln. Dieses müsse neben weiteren Maßnahmen vordringlich das schnelle Erlernen der deutschen Sprache und den Zugang zur Arbeitswelt implizieren. Andererseits sprach sich Grosse-Brömer für eine konsequente Abschiebung

EAK-Schleswig-Holstein: Ehrung für Flüchtlingsbeirat Dänischer Wohld

Über eine besondere Ehrung konnte sich der Flüchtlingsbeirat Dänischer Wohld in Kiel freuen. Er gehörte zu den fünf Initiativen und Personen, die der Landesverband Schleswig-Holstein des Evangelischen Arbeitskreises (EAK) der CDU für seine besonderen Verdienste in der Flüchtlingshilfe auszeichnete. Die Ehrung fand im Rahmen des EAK-Jahresempfangs in der Kieler



Ingbert Liebing und Thomas Rachel

Nikolaikirche statt. Die Veranstaltung stand in diesem Jahr unter dem Thema „Flüchtlinge – ihre Zukunft mitten unter uns – Verpflichtung – Herausforderung – Chance“

Stellvertretend für den Flüchtlingsbeirat nahmen **Ludolf Pape**, **Regine Heuer**, **Kirsten Swane** und **Martina Kuballa** die Auszeichnung entgegen. Die Laudatio hielt der Vorsitzende der CDU-Landtagsfraktion **Daniel Günther**. Auf Einladung des Bundestagsabgeordneten und CDU-Kreisvorsitzenden **Dr. Johann Wadephul** werden vier Vertreter des Flüchtlingsbeirates für zwei Tage nach Berlin reisen. Außerdem gab es Brot und Wein für die Ausgezeichneten. Das Brot hat inzwischen eine gute Verwendung gefunden. Martina Kuballa hat es einem jungen Mann aus Eritrea zum Einzug geschenkt. Für ihn hat sie endlich eine Wohnung gefunden. Im Flüchtlingsbeirat Dänischer Wohld engagieren sich zurzeit ca. 120 Ehrenamtliche, die insgesamt etwa 300 Flüchtlinge betreuen.

In ihren Reden hatten der EAK-Bundessvorsitzende und Parlamentarische Staatssekretär im Bundesministerium für



Thomas Rachel

Bildung und Forschung **Thomas Rachel MdB** und der CDU-Landesvorsitzende **Ingbert Liebing MdB** das Engagement der Ehrenamtlichen in der Flüchtlingshilfe gewürdigt und über das Integrationsgesetz informiert. Für die EAK-Landesvorsitzende **Herlich Marie Todsens-Reese** steht fest, dass das Thema Integration auf der Tagesordnung des EAK-Landesverbandes bleibt.

Meditation Weihnachten 2016

„Ehre sei Gott in der Höhe und Friede auf Erden und den Menschen ein Wohlgefallen...“ (Lukas 2,14)

Die Weihnachtsbotschaft erwärmt in diesen so kostbaren Tagen des Jahres abermals unsere Herzen. Friede und Gnade sind uns verheißen, wo Himmel und Erde sich berühren, wo Gottes Sohn unter uns Mensch geworden ist, wo er bei uns Einzug hält. Die Engel des Lukasevangeliums verkünden klar und deutlich, was manche Übersetzung aus dem Griechischen oder Lateinischen im Laufe der Geschichte unbeabsichtigt, aber dennoch einigermaßen erfolgreich verdunkelt hat:

Nein, es sind keineswegs die „Menschen guten Willens“ (hominibus bonae voluntatis) gemeint, wie es die Vulgata-Übersetzung fälschlich suggerierte, als ginge es etwa um unsere eigene ethische

Vorzüglichkeit oder Willenskraft. Die 1984er Revision der Luther-Bibel trug aber auch nicht unbedingt zur Klärung bei, als sie korrekt übersetzte: „den Menschen seines Wohlgefallens“. Jetzt war zwar klar, dass die Gnade von Gott ausgeht, aber der ethisch-exklusive Unterton wurde durch das „seines Wohlgefallens“ eher noch verschärft – wortwörtlicher zwar am griechischen Original, aber im Deutschen nicht unbedingt besser. Der zumeist unbedarfte Hörer fragt sich doch sofort: „Was ist eigentlich mit denen, die nicht von vornherein Gottes Wohlgefallen haben? Was ist also mit uns allen, die wir letztlich alles arme Sünder sind?“ Deshalb bleibt die ursprüngliche Übersetzung

Martin Luthers einfach die beste, denn sie überträgt als einzige kongenial den Sinngehalt des im Griechischen Gemeinten auf verständliche Weise ins Deutsche: „...und den Menschen ein Wohlgefallen“. Gottes Angebot gilt schließlich allen Menschen – ist inklusiv und nicht exklusiv. Schade, dass die neue Übersetzung der Lutherbibel 2017 am Stand von 1984 nichts geändert hat. Zumal wir in jedem Gottesdienst dann doch sowieso wieder Luther im Original singen (vgl. EG 180,1). Ihm und uns zum Wohlgefallen!

Christian Meißner

Bundesgeschäftsführer des EAK der CDU/CSU



Bitte helfen Sie uns!

Der EAK setzt sich nun schon seit fast 65 Jahren dafür ein, die evangelische Stimme in Politik und Gesellschaft nicht verstummen zu lassen. Im kommenden Jahr will der EAK das **Reformationsjubiläum 2017** wesentlich mitgestalten: Dazu gehört – neben vielen geplanten **Sonderaktionen und Publikationen** sowie dem **Luther-Oratorium** – vor allem auch der große **EAK-Kirchentagsempfang** in der CDU-Bundesgeschäftsstelle in Berlin, am **Mittwoch, dem 24. Mai 2017**. Hierzu hat auch **Bundeskanzlerin Dr. Angela Merkel** bereits ihr Kommen zugesagt.

Wir werden all unsere politischen Ziele auch in Zukunft nur dann durchsetzen können, wenn auch Sie uns dabei weiterhin tatkräftig unterstützen und wenn wir gemeinsam beherzigen, wo wir stehen und gewiss und freudig bekennen, von wo wir herkommen. Ihre Güte und Großzügigkeit, mit der Sie uns in den vergangenen Monaten erneut unterstützt haben, und auf die wir auch weiterhin hoffen, möge Gott vielfältig segnen. Mögen Sie, Ihre Familien und Ihre Lieben in dieser Weihnachtszeit Kraft und Hoffnung, Friede und Freude erfahren von dem, der da ist und der da war und der da kommen wird.

Ihre Spende können Sie im Rahmen der einschlägigen steuergesetzlichen Vorschriften steuermindernd geltend machen.

SEPA-Überweisung/Zahlschein

Name und Sitz des überweisenden Kreditinstituts	BIC
Angaben zum Zahlungsempfänger: Name, Vorname/Firma (max. 27 Stellen, bei maschineller Beschriftung max. 35 Stellen)	
E A K d e r C D U / C S U	
IBAN	
D E 7 9 1 0 0 4 0 0 0 0 0 2 6 6 0 9 8 3 0 0	
BIC des Kreditinstituts/Zahlungsdienstleisters (8 oder 11 Stellen)	
C O B A D E F F X X X	
Betrag: Euro, Cent	
Kunden-Referenznummer - Verwendungszweck, ggf. Name und Anschrift des Zahlers	
S p e n d e	
noch Verwendungszweck (insgesamt max. 2 Zeilen à 27 Stellen, bei maschineller Beschriftung max. 2 Zeilen à 35 Stellen)	
Angaben zum Kontoinhaber/Zahler: Name, Vorname/Firma, Ort (max. 27 Stellen, keine Straßen- oder Postfachangaben)	
IBAN	
D E	
08	
Datum	Unterschrift(en)

Beleg für Kontoinhaber

IBAN des Kontoinhabers
Kontoinhaber
Zahlungsempfänger Evangelischer Arbeitskreis der CDU/CSU
Verwendungszweck Spende
Datum
Betrag: Euro, Cent